

Der Verband hat alle Postämter aufgegeben, ihre Uniformen zurück zu beziehen. Da haben wir denn einen Postassistenten per Kopf, der als Vertrauensmann des Verbandes junge Leute aus dem Bette geholt hat, damit sie sich für die heilige Sache einen neuen Ueberrock machen sollten. Die Wöde, die dann der Verband besorgte, waren theurer und schlechter als die, welche die Beamten sich privatim beschafft hatten. Das nennt sie eine Bewachtthaltung der Beamten durch den Verband und unerlaubte Agitation. Glauben Sie doch nicht, daß wir die Beamten von vornherein verdämmen und auf den Scheiterhaufen werfen; nein, es wird jeder Fall ruhig und sachlich untersucht; es geht alles gelehlich zu.

Präsident von Levegö: Die Entscheidung des Abg. Singer enthalten den Vorwurf gegen die Postverwaltung, daß sie unangenehme und ungeliebte Bahnen gehe. Sie kann eine solche Sprache hier nicht zulassen und rufe den Abg. Singer zur Ordnung.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antisemit): Bedauerlich ist für mich, daß die Sozialdemokraten fast in allen Punkten in Bezug auf die Postassistenten Recht haben. Der Verband der Postassistenten besteht aus fast fünfzigtausend Beamten, die es weit von sich abweisen, mit den Sozialdemokraten irgendwie in Zusammenhang gebracht zu werden. Ich habe im vorigen Jahre mehrere Fälle von Mißständen der Post hier zur Sprache gebracht und ich nicht widerlegt worden. Wenn alle Abgeordneten mit den Postassistenten verhandeln mehr vertraut wären, so würden sie förmlich für denselben eintreten. Es ist wahr, entlassen sind die Assistenten wegen der Zugehörigkeit zum Verbands nicht, aber sie sind vielfach genannt und es ist ihnen gerathen worden, aus dem Verband auszutreten. Der Verband verfolgt ganz erlaubte Zwecke und wenn die Assistenten unzufrieden sind, so liegt das daran, daß ihnen das Monopol in Stellen, die sie ganz gut ausfüllen können und die hauptsächlich auch in Vertretung ausfüllen, verfallen sind. Es ist doch sonderbar, daß dem betreffenden Assistenten in Schillingheim, als ihm 2 Tage vor seiner Vereidung vom Oberpostdirector Beschlüsse wegen seiner Angehörigkeit zum Verbands gemacht wurden, ihm nichts von der schon längst beschlossenen Vereidung mitgeteilt wurde. Es war ein sehr beliebter Beamter, dem man einen großen Einfluß auf seine Kollegen zutraute. Es sind mir auch Fälle bekannt, in denen das Verheimlichung der Assistentenvereine gegenüber der Postbehörde verurtheilt wurde. Es besteht auch noch ein Verbot, das den Postassistenten die Theilnahme am Verbandszuge unmöglich machen will. Ein Beamter wurde sogar verurtheilt, weil er einem Assistenten zur Theilnahme am Verbandszuge Urlaub erteilt hatte. Einem Assistenten Namens Jänemann ist im Jahre 1890 eine Drucksache, die von der Postbehörde geöffnet und durchgesehen worden ist, vorgehalten worden. Am 1. Juni 1893 hat ein Oberpostdirector an einen Assistenten gerichtetes Telegramm geöffnet und seinen Inhalt gegen den Assistenten und den Verband bekannt. Ich behöre übrigens nicht, daß die Assistenten durch die Verweigerung der Herren Singer und Scheelant sich umgarnen lassen, denn die Postassistenten sind durch die Vereidung mit dem jüdischen Publikum also schon zu Antisemiten geworden.

Direktor Fischer: Bei der vorjährigen hiesigen Staatsberatung war es unzulässig, auf alle vom Redner vorgetragene Einzelheiten einzugehen; zum Theil waren die Ermittlungen auch noch nicht abgeschlossen. Ich hole das jetzt nach. Was zunächst den Fall einer Vereidung des Telegraphengeheimnisses anlangt, so müssen Sie sich zunächst die Art des Dienstes der Telegraphenvorarbeiter vergegenwärtigen. Sie sind, um die Beamten zu kontrollieren, verpflichtet, Einsicht von jedem Telegramm zu nehmen, sowohl im festzustellen, ob es in der genügend kurzen Zeit befördert ist, und auch am Kassierenden. In dem vom Abg. Liebermann angeführten Fall hat der Telegraphenvorarbeiter ungewissermaßen eine Besichtigung dahin übergriffen, daß er den Beamten zur Rede gestellt hat. Der Oberpostdirector hat unmittelbar, nachdem er davon Kenntnis bekommen, den Telegraphen-Direktor wegen dieses Uebergriffes mündlich rekräftigt. Hätte der Beamte statt sich an einen Reichstagsabgeordneten zu wenden, eine Beschwerde eingereicht, so wäre noch eine schriftliche Rekräftigung erfolgt. Es ist also nicht nöthig, die Sache so tragisch zu nehmen, als es eine Verletzung des Telegraphengeheimnisses vorliegt. Anders wird auch der Fall nicht sein, der 1890 in Halle vorgekommen sein soll. Ich werde mich erkundigen einlegen lassen, und wenn es nöthig ist, soll auch nach 4 Jahren Rekräftigung eintreten. In Bezug auf die behauptete Verurtheilung des Reichsgemeinverständnisses in Straßburg haben aber die vom Redner als Zeugen vorgelegenen Beamten ausdrücklich beklundet, daß es unwahr sei, daß ihnen der vom Redner behauptete Auftrag aus den eingeleiteten Briefentwürfen und aus der Fassung des Briefträgers die Adresse der Mitglieder des Assistentenverbandes zu erfahren, gegeben worden sei. Genau so ist es auch mit dem andern Falle. Ich will Sie mit den Einzelheiten nicht aufhalten, ich stelle dem Abgeordneten, wenn er die Protokolle einsehen will, zur Verfügung. Es wäre aber besser, wenn er ein andermal mich vorher benachrichtigen wollte, wenn er solche Fälle anführen will.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg: Ich betone nochmals, daß meine vorjährigen Behauptungen betreffend der Mißstände der Post nicht widerlegt sind. Mir liegt dabei nur daran, daß das Recht nicht geschädigt werde und die Autorität der Postbehörde aufrecht erhalten bleibe, was nur dann geschehen kann, wenn die Postbehörden nach Recht und Gerechtigkeit verfahren.

Abg. Forster (Antisemit): Ich möchte die Gratifikationsfrage hier erörtern. Nach derselben wird der Strebezugs gefördert und Red und Ungeziefereit erregt. Man will allerdings den Postbeamten bei ihrem angestrengten und verantwortungsvollen Dienst etwas zuwenden, aber das sollte man dadurch thun, daß man ihnen das Gehalt erhöht. Auch ich muß Sie betonen, daß die Postassistenten dadurch verurtheilt werden, daß sie keine Aussicht auf Verbesserung haben. Wenn die hiesigen Berechtigungen anlangt, so bringe ich Verbandsorgan das einzige solcher, die zu denen geben und als Streparbeiter angesehen werden können. Warum duldet man denn die Beamten- und Offiziersvereine? Die Postassistenten haben doch das gleiche Recht. Wenn es der Postbehörde darum zu thun ist, die Bemühung in den Assistentenkreisen zu befeuern, dann sollte sie in ihrem amtlichen Organ erklären, daß es ihr fern liege, das Realisationsrecht der Beamten zu beschränken.

Abg. von Kardorff (Sp.): Ob der Postassistentenverband sozialdemokratisch oder antisemitisch ist, das ist mir völlig gleichgültig. Am Großen und Ganzen habe ich den Eindruck gewonnen, daß unter den Postassistenten so ziemlich alle Parteien vertreten sind. Im Allgemeinen muß ich aber sagen, daß, wenn die Herren berechtigte Beschwerden haben, sie durch eine derartige Agitation ihren Interessen nicht schaden. Ich wollte aber jetzt nur bemerken, daß die Postverwaltung vollkommen Recht

hat, wenn sie sich dagegen brüsst, den Postassistenten die höhere Karriere zu öffnen. Bei der Bedeutung, die das Postwesen heute hat, ist für die höhere Karriere doch im allgemeinen wissenschaftliche Bildung nöthig.

Die weitere Beratung wird vertagt auf Dienstag 1 Uhr (insbesonder Bahnhauptstadt).

Schluß 3/4 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

14. Sitzung vom 12. Februar.

11 Uhr. Am Ministertische Thronen A. A.

Die erste Beratung des Sekundärbahn-Gesetzes wird fortgesetzt.

Abg. Frigen (Dillen, Str.): Es ist erklärlich, daß, so lange Anstalt vorhanden ist, daß in einem gewissen Bezirk Sekundärbahnen gebaut werden, die Unterassistenten sich schwer zum Bau von Kleinbahnen entschließen. Es wäre daher wünschenswert, daß der Minister sich einmal darüber äußert, ob und welche Sekundärbahnen noch gebaut werden sollen. Besonders gilt dies vom Niederrhein von der Linie Trossel-Rheinberg-Mers-Glow. Der Minister müßte mit aller Klarheit sagen, ob er diese Linie bauen wolle, damit die Unterassistenten, wenn das nicht der Fall ist, sich selbst helfen könnten durch Bau einer Kleinbahn.

Abg. Krebs (Str.) spricht seine Freude darüber aus, daß fast die Hälfte der jetzt ausgeworfenen Summe auf Ostpreußen entfällt. Er bitte den Minister, darin fortzuführen und zugleich die Stoffartefakte aufzubehalten, da die betr. Landesbehörde erst durch die Sekundärbahnen in die Lage kommen, von den Stoffartefakten Vortheil zu ziehen.

Abg. Bohmann (nl.): Wir haben zwar im Westen ein reich verzweigtes Eisenbahnnetz, können aber nicht auf Weiteres verzichten. Der Westen mit seiner ausgebildeten Industrie trägt ja auch mit am meisten zu den Ueberschüssen der Eisenbahn-Verwaltung bei. Es geht aber namentlich im Ostpreußen der Substitutions-Industrien, die außerordentliche Noth leiden und bessere Gelegenheit bekommen müssen, ihre Erzeugnisse abzusetzen. Die Kleinindustrie, die hiesigen dort von hoher Bedeutung: Schleifereien, Schloßereien, Eisen gießereien, Mühlen und Hammerwerke, kann sich gegenüber der Großindustrie nicht mehr aufrecht erhalten. Die Handelskammer von Hagen hat das auch anerkannt und den Ausschluß dieses Gebietes als eine wünschenswerthe Orientationsfrage bezeichnet. Eine Bahn Lade-Rede-Verdamm und Lemmer-Renditz nach Radevormwald würde sicher bald große Erträge abwerfen. Ich bitte den Minister, der sich bisher abnehmend verhalten hat, in eine wohlwollende Prüfung des Projektes einzutreten.

Abg. Lassen (Düne) spricht seine Freude darüber aus, daß auch der Kreis Emdenburg in der Vorlage bedacht ist und dadurch mit der schwebeligen Hauptbahn in Verbindung kommt.

Abg. Burghard (nl.) wünscht mindestens im nächsten Jahre ein zweites Geleise von Königsberg nach Breslau und von Danab-Ström nach Kottbus. Die jetzigen kleinen Anstaltstellen erkennen wir zwar dankbar an, sie reichen aber nicht aus.

Abg. Dr. von Lieres (l. R.) bekennt, daß in dem Gesetze nicht die Bestirrhaltung aufgeführt ist, Kohlen- und Textilindustrie seien an dieser Bahn sehr interessiert. Die Blüthe dieser Industrie hänge von dieser Bahn ab.

Abg. Dreger (kon.) wünscht eine Bahn von Gerdenen nach Königsberg sowie von Angerung nach Goldaps-Gallupönen.

Abg. Girt (kon.) wünscht die baldige Fertigstellung der Bahnstrecke Breslau-Winditz, welche besonders für die dortige Zuckerindustrie von großer Wichtigkeit sein wird, da allein 4 solcher Fabriken an dieser Strecke lägen.

Abg. Mies (Str.) legt Vernehmung dagegen ein, daß man die Strecke Köln-Grevenicht in der Vorlage als Schlussstrecke bezeichnet habe, es werde dadurch eine direkte Verbindung zwischen Köln und M.-Glabbach nicht hergestellt.

Abg. Linke (nl.) hebt hervor, daß die jetzige Vorlage die vorjährige um 6 Millionen Mark übersteige und besto, daß gerade Schienen wegen seiner exponierten Lage vieler Eisenbahnen bedürfe, und doch für die Schienen verhältnismäßig wenig in den letzten vier Jahren gegeben. Von den 235 Millionen, die für Sekundärbahnen ausgegeben sein, entfielen nur 4 Millionen auf Schienen. Er bitte daher, daß der Minister in Zukunft den Schienen die aus Schienen können ein gewisses Jahr leide. Vor Allem müsse er darauf hinwirken, daß alle Behörden in Schienen bis hinauf zum Provinziallandtag den Ausbau der Linie Striegau-Sollnshain als Vorkurs für notwendig erklärt hätten, und zwar so, daß eine Schnellzugverbindung Breslau-Striegau eingerichtet werden könne.

Abg. Sander (nl.) ist der Ansicht, daß Hannover mehr mit Sekundärbahnen bedacht werden müsse, daß das jetzt nicht geschehe, habe dort Mißbilligung hervorgerufen. Die Leute dort glaubten, daß die preussische Regierung ihre materiellen Interessen nicht mit der nöthigen Energie vertrete, und das mache sich die weltliche Agitation zu nuge. Die dadurch erzeugte Mißbilligung mache sich bei den Reichstagswahlen bemerkbar. Vor allen sei dort der dringende Wunsch nach dem Bau der Linien Ganderheim-Bobenberg und Gronau-Elze mit einer Abzweigung nach Wespelheim-Düdingen und Düdingen-Bollagen hervorgetreten und die Kreise seien auch bereit, dafür bedeutende Zuschüsse zu geben.

Abg. Hartmann (kon.) bittet um den Bau einer Linie Beesow-Lübben-Lübben-Altro.

Abg. Broelmann (Str.) befürwortet, eine Sekundärbahn durch den Kreis Rülberg in die nächstjährige Vorlage einzuschließen. Die Regierung habe sie selbst früher das Wünschenswerthe einer solchen Bahn anerkannt.

Abg. v. Stulpnagel (kon.) befragt, daß der Bau der Bahnlinie Zülpfen-Neuenkirchen sich so sehr verzögere.

Abg. Schreck (nl.) bekennt, daß ganz Landeshöhe, besonders das Gebiet vom Hünigberg her über bis zu den der Weichsel, das besonders sehr unter den unangünstigen Verhältnissen leide, in der Vorlage nicht bedacht seien. Es wäre zu wünschen, daß die Regierung die Erklärung abgäbe, daß sie verpflichtet sei, dauernd mit dem Bau von Sekundärbahnen fortzufahren. Eine solche Verpflichtung sei für den Staat mindestens moralisch vorhanden, da als Grund für die Beschaffung der Bahnen mitangeführt wurde, daß der Staat im Gegensatz zu den Privatgesellschaften in der Lage sei, im wirtschaftlichen Interesse mancher Gegenden Sekundärbahnen anzulegen. Der Lauf der Debatte gebe einen unmissigen Beweis dafür, daß der Staat damit eine wirtschaftliche Aufgabe ersten Ranges zu erfüllen habe. Das zeigen die vielen hier geäußerten lokalen Wünsche. Mit der Erfüllung solcher Wünsche biete sich ein Weg, um der Landwirtschaft

wirklich zu Hilfe zu kommen. Die mitseren und größeren Grundbesitzer des Ostens litten hauptsächlich an dem Mangel der ländlichen Arbeiter. Wenn man Sekundärbahnen anlegt, so vermehrt sich erhaltungsgemäß ein solcher Abzug von Arbeitern, abgesehen davon, daß auch sonst diese Bahnen der Landwirtschaft großen Nutzen bringen. Der Ausbau des Sekundärbahnnetzes sei eine der ersten Aufgaben des Staates. Er müsse auch wünschen, daß der Ausbau der schon bewilligten Strecken mehr beschleunigt werde.

Auf eine Anfrage des Abg. Rhode-Wachsdorf (kon.) erwidert

Gesheimath Schröder, daß der Bau der Bahn Preisch-Giebingen in nächster Zeit in Angriff genommen werde. Abg. Petrites (nl.) wünscht die Anlegung der Bahnlinie Kassel-Konig, wodurch eine Verbindung Schiefelbusch mit der Elze hergestellt würde, und bittet die Regierung, wenigstens in die nächstjährige Vorlage die Bahn von Konig nach dem Berden einzuschließen.

Abg. Schwarze (Str.) wünscht die Erschließung des Gebietes zwischen Tappe und Sieg durch Sekundärbahnen.

Abg. Pappenheim (kon.) bittet wenigstens um Ausbau der Strecke von Bolkman nach Wollfagen, da ja der Anlegung der Strecke Gassel-Wollfagen nach Schwierigkeiten entgegenständen.

Abg. Dr. Porck (Str.) spricht auch die Ueberzeugung aus, daß die Verbindung Breulau mit dem Rheingebirge verbessert werde, und die sogenannte Weeberbahn angelegt wird.

Abg. Frhr. v. Synatten (Str.) wünscht eine Bahnlinie Heinsberg-Zülch.

Abg. Wellstein (Str.) bittet um den Bau der Bahn von Mayen nach Arenau und um schleunige Ausföhrung der Linie Godels-Mayen.

Abg. Werten (Str.) befürwortet, der Station Remscheid-Altenkirchen gegenüber am linken Rheinufer der Galfelselle einen besonderen Namen zu geben.

Abg. Gerle (Str.) befragt, daß die bewilligte Linie Kojel-Polnisch-Neudorf noch immer nicht angelegt sei.

Abg. Szmula (Str.) bittet um eine Bahn Neustadt-Gogolin.

Abg. v. Urach (Bremberg l.) spricht den Wunsch aus, daß bei Konzeptionen von Kleinbahnen die Behörden möglichst entgegenkommend sind. In der Zeitschrift für Kleinbahnen sei dieser Standpunkt nicht eingearbeitet.

Minister Thielens: Der Standpunkt der Zeitschrift für Kleinbahnen in dieser Hinsicht ist nicht der der Regierung. Die Ausführungen dieser Zeitung sind abstrakt nicht bindend für das Ministerium. Was die Bahn Elze-Bobenberg-Ganderheim und Bobenberg-Düdingen anlangt, so sind die Vorarbeiten abgeschlossen, es ist dies aber später geschehen, als das Datum der Vorlage ist. Während die Weinigungs- und Lippeche Regierung zu Bahnstrecken relativ bedeutende Summen zugeföhrt hätten, hat Brandenburg für die oben genannten Strecken unsere Aufzöhrerung abgelehnt, obwohl sie meiner Ansicht nach relativ nicht höher war, als die in Meinungen und Uebersicht in ähnlichen Fällen erfüllte Forderung. Trotzdem aber hat die Regierung wieder Unterhandlungen mit Brandenburg angeknüpft, so daß es unmöglich war, diese Bahnstrecke in der diesjährigen Vorlage zu bringen. Ebenso war es unmöglich gewesen, die Bahn Kojel-Polnisch-Neudorf schon in diese Vorlage aufzunehmen und auf Verprechungen für die Zukunft kann ich nicht einlassen.

Abg. Engelmann (Str.) befürwortet den Ausbau der Hunsrückbahn (Summern hinaus nach der Wöfel zu entweder über Costelau oder Hermesfeld).

Abg. v. Berg empfiehlt eine Bahnlinie Giffhorn-Necken-Debitsele-Wittingen.

Abg. Thies (nl.) befürwortet den Bau einer Altherthal-Bahn von Giffhorn in der Richtung auf Werden.

Abg. Jungen (St.) bittet, eine Bestimmung treffen zu wollen, wonach die Anlegung einer Kleinbahn vom Kreisrat mit einfacher Majorität beschlossen werden kann und überhaupt alles zu thun, um den Bau von Kleinbahnen zu befördern. Mit der vom Finanzminister in Aussicht gestellten Revision des Expropriationsgesetzes nach der Richtung, daß

Abg. van Meuten (Str.) erklärt, die Einwirkung seines Wahlkreises seien der Ueberzeugung, daß die Regierung mit der Uebernahme der Rheinischen Bahn auch die moralische und auch wohl rechtliche Verpflichtung auf sich genommen habe, die Bahn von Giffhorn nach dem Altherthal anzubauen.

Abg. v. Reiche (Str.) bringt die Wünsche nach Zurückverlegung des Bahnhofs am Nordbahnhof in Berlin nach dem Stettiner Bahnhof zur Sprache.

Minister Thielens: Die Regierung ist schon mit der Erwägung beschäftigt, wie dem enorm gestiegenen Verkehr am besten Rechnung getragen werden könnte. Die Verlegung eines Theils des Verkehrs vom Stettiner Bahnhof nach dem Nordbahnhof ist im Interesse der Betriebssicherheit absolut notwendig gewesen, und es ist unmöglich, dem Wunsche des Redners nach vollständiger Zurückverlegung des Verkehrs nach dem Stettiner Bahnhof zu entsprechen. Insbesondere hoffe ich, daß die Vorarbeiten zur endgültigen Entscheidung über diese Angelegenheit so weit gefördert werden, daß sie noch in diesem Jahre zu Entschlüssen der Regierung führen. Eine rechtliche Verpflichtung zum Bau der Bahn von Giffhorn nach dem Altherthal kann die Regierung nicht anerkennen.

Abg. v. Tschopp (kon.) wünscht den schleunigen Ausbau der Linie Necken-Wittingen.

Abg. Hauptmann (Str.) empfiehlt eine Verlängerung der Bahn Bonn-Gesirichen nach Rheinbach.

Abg. Trumer (kon.) bittet, den Vorortverkehr möglichst zu erleichtern, da dies eine sozial wichtige Frage sei, und wünscht, daß die Bahn Hildesberg-Wietzen bald ausgebaut wird.

Abg. Hausmann (nl.) befragt, es, daß die Provinz Hannover bei der Vorlage der Bahnlinie Bollagen-Weenzen aufmerksamer sei.

Abg. Joh. v. Loë (Str.): Man höre angeblich die eigentümliche Mär, daß der Handelsvertrag mit Ausland angenommen werde, dazu wollen man nur noch die Stoffartefakte beibehalten und den Identitätsnachweis aufheben. Die Stoffartefakte müssen aber im Interesse der weltlichen Landwirtschaft aufgehoben und der Identitätsnachweis beibehalten werden.

Präsident v. Koller: Der Identitätsnachweis gehört nicht in diese Beratung hinein, noch weniger der Stoffartefakt, und am allerwenigsten der russische Handelsvertrag. Damit schließt die Diskussion und die Vorlage geht an die Budgetkommission.

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (Etat der Münze, der auswärtigen Angelegenheiten und kleineren Staats.)

Schluß 3/4 Uhr.